

Interview: Annette Marti, Fotos: David Birri

Simonetta Sommaruga erklärt, wie sie die am Runden Tisch vereinbarten 15 Projekte in der Wasserkraft voranbringen will – darunter drei Vorhaben der KWO. Die Bundesrätin pocht auf Dialog, Umsicht und Transparenz.

DIE EINIGUNG IST EIN MEILENSTEIN

Annette Marti: Frau Bundesrätin, Sie haben am Runden Tisch eine Einigung erzielt über Wasserkraft-Projekte, die Sie fördern wollen. Wie geht es weiter, damit diese Projekte effektiv realisiert werden können?

Simonetta Sommaruga: Diese Einigung ist ein Meilenstein. Die Wasserwirtschaft, Umweltorganisationen und die Kantone haben sich auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt und 15 vielversprechende Projekte benannt, die sich umweltfreundlich realisieren lassen. Und sie haben vereinbart, bei jedem Projekt frühzeitig zusammenzukommen und nach Lösungen zu suchen. Das ist für die Umsetzung zentral.

Nun liegt der Ball bei jenen, die bauen wollen und bei den Kantonen, welche die Projekte bewilligen.

Die Zeit eilt, um das Szenario einer Strommangellage zu verhindern und die Umsetzung der Energiestrategie 2050 nicht zu gefährden. Welche Möglichkeiten haben Sie, Einfluss zu nehmen, sollte es lokal doch zu Widerständen kommen?

Bei den nächsten Schritten sind Umsicht und Transparenz gefragt: Es ist wichtig, die Bevölkerung frühzeitig einzubeziehen und sie offen zu informieren. Im Dialog können sinnvolle Lösungen entstehen, wenn zum Beispiel Eingriffe in die Natur mit Massnahmen zum Schutz der Natur ausgeglichen werden. Einsprachen bleiben auch in Zukunft möglich. Das gehört zur Schweiz. Gleichzeitig wollen wir die erneuerbaren einheimischen Energien rasch ausbauen. Deshalb will der Bundesrat die Verfahren straffen und beschleunigen. Dieser Vorschlag ist jetzt in der Vernehmlassung.

Nach welchem Massstab sind bei den 15 Projekten die Schutzkriterien festgelegt worden?

Wenn wir in erneuerbare Energien investieren, tun wir auch etwas für den Klimaschutz. Schmelzende Gletscher, Bergstürze und Wetterextreme treffen gerade die Menschen in den Bergen hart. Wenn es immer wärmer wird, schwindet zudem die Artenvielfalt; Tiere verlieren ihre Nahrungsgrundlage und ihren Lebensraum. Darum müssen alle Akteure immer wieder den Blick auf das Ganze richten. Das ist am Runden Tisch gelungen: Wir haben neben den wirtschaftlichen Überlegungen auch dem Naturschutz Rechnung getragen und nur Projekte berücksichtigt, welche die Biodiversität und die Landschaft möglichst wenig beeinträchtigen.

Keines der vorgeschlagenen Projekte ist so weit fortgeschritten in der Planung wie das Vorhaben der KWO in der Trift. Dort sind auch keine bestehenden Schutzperimeter betroffen. Und trotzdem gibt es erbitterten Widerstand. Welche Lösung sehen Sie?

RUNDER TISCH WASSERKRAFT

Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat im August 2020 den Runden Tisch Wasserkraft einberufen, um sich über die besonderen Herausforderungen auszutauschen und konkrete Massnahmen festzulegen. Im 13-köpfigen Gremium haben Vertreterinnen und Vertreter der Kantone, Akteure aus Umweltschutzorganisationen und aus dem Bereich Wasserkraft Einsitz genommen. Ziel der gemeinsamen Sitzungen war, Projekte zu identifizieren, die als besonders vielversprechend gelten. Dies in Hinsicht auf ihren energetischen Nutzen und die gleichzeitig einen möglichst guten Schutz von Biodiversität und Landschaft erlauben. Die Dringlichkeit dieses Anliegens ist im Kontext der Energiestrategie 2050 zu verstehen, die einen deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien beinhaltet, darunter auch der Produktion von Strom aus Wasserkraft.

Das Trift-Projekt ist sinnvoll für die Stromproduktion und es erfüllt die Ansprüche an den Landschafts- und Umweltschutz. Es ist an der Kraftwerke Oberhasli AG und dem Kanton, dies noch besser aufzuzeigen. Daneben braucht es auch in der Bevölkerung das Verständnis, dass wir die Versorgungssicherheit nur dann stärken, wenn wir aufeinander zugehen. Dass wirtschaftliche Interessen und der Klima- und Umweltschutz vereinbar sind, zeigt der Ausbau des Wasserkraftwerks Nant de Drance. Dort wurde der Eingriff in die Natur mit Massnahmen zugunsten der Umwelt ausgeglichen, etwa mit einem breiteren Flussbett und neuen Waldflächen. Auch die KWO hat Ausgleichsmassnahmen für die Natur umgesetzt.

15 AUSGEWÄHLTE PROJEKTE

Mitte Dezember 2021 präsentierte Bundesrätin Simonetta Sommaruga eine gemeinsame Erklärung der Vertreterinnen und Vertreter des Runden Tisches Wasserkraft. Darin schlägt das Gremium 15 Wasserkraft-Ausbauprojekte vor, die als besonders vielversprechend gelten. Gleichzeitig, so ist sich eine grosse Mehrheit der Akteure einig, wären die Auswirkungen auf Biodiversität und Landschaft zu verkraften, beziehungsweise müssten diese Einflüsse mit entsprechenden Ausgleichsmassnahmen kompensiert werden. Untersucht wurden insgesamt 33 Vorhaben. Würden die 15 identifizierten und vorgeschlagenen Projekte umgesetzt, so hält der Runde Tisch fest, wäre es möglich, bis ins Jahr 2040 eine zusätzliche saisonale Speicherproduktion im Umfang von zwei Terawattstunden zu erreichen. Nun sollen für die ausgewählten Projekte vertiefte energie-wirtschaftliche und ökologische Abklärungen vorgenommen werden.

Die identifizierten Projekte

Chummensee VS, 165 GWh; Curnera-Nalps GR, 99 GWh; Gorner VS, 650 GWh; Gougra VS, 120 GWh; Griessee VS, 46 GWh; **Grimsensee BE, 240 GWh**; Lac d'Emosson VS, 58 GWh; Lac de Toules VS, 53 GWh; Lago del Sambuco TI, 46 GWh; Lai da Marmorera GR, 55 GWh; Mattmarksee VS, 65 GWh; **Oberaarsee BE, 65 GWh**; Oberaletsch klein VS, 50 GWh; Reusskaskade UR 96 GWh; **Trift BE, 215 GWh**.

weiter auf der nächsten Seite...



ZUR PERSON

Simonetta Sommaruga ist die Vorsteherin des Eidgenössischen Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Die 62-jährige gebürtige Aargauerin ist seit dem Jahr 2010 Mitglied des Bundesrats. Die ausgebildete Pianistin verfolgte zunächst ihre Konzerttätigkeit und pädagogische Arbeit am Konservatorium Fribourg, danach arbeitete sie als Geschäftsführerin der Stiftung Konsumentenschutz. Ihre politische Karriere begann als Gemeinderätin von Köniz. Von 1999 bis 2003 war sie Nationalrätin, von 2003 bis 2010 vertrat sie den Kanton Bern im Ständerat. Acht Jahre stand die Bundesrätin dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) vor. Das Interview mit der Bundesrätin wurde schriftlich geführt.

ENERGIESTRATEGIE 2050

Die Energiestrategie 2050 legt dar, wie der Ausstieg aus der Atomenergie gelingen kann. Die Strategie zielt darauf ab, den Gesamtenergieverbrauch zu senken und die erneuerbaren Energien deutlich auszubauen. Konkret ist der Bundesrat daran, verbindliche Zielwerte im Ausbau der Wasserkraft und anderer erneuerbaren Energien festzulegen. Bis ins Jahr 2040 sollen zudem 2 Terawattstunden klimaneutrale Stromproduktion zugebaut werden, die im Winter sicher abrufbar sind. Dies betrifft in erster Linie grosse Speicherkraftwerke. Die Knappheit im Winter, die bisher stets mit Importen überbrückt werden konnte, verschärft sich insofern, als auch andere europäische Länder den Ausstieg aus Atomenergie und Kohlekraft versuchen. Im Juni 2017 hat das Schweizer Stimmvolk in einer Abstimmung «ja» gesagt zur Energiestrategie 2050.

Es gibt unternehmerische Risiken, derzeit in die Wasserkraft zu investieren, weil es langfristige Investitionen sind, aus denen nicht heute und morgen Profit zu schlagen ist. Sie haben die Idee eines Pflichtlagers für Winterstrom aufgebracht. Wie würde dies konkret funktionieren?

Diese Idee einer Wasserkraftreserve ist im Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien enthalten, das derzeit im Parlament beraten wird. Die Behandlung dauert aber. Damit keine Zeit verloren geht, habe ich dem Bundesrat vorgeschlagen, die Wasserkraft-

BESCHLEUNIGTE VERFAHREN

Der Bundesrat will Verfahren beschleunigen, die für den Bau von grossen Wasserkraft- und Windanlagen erforderlich sind. Dies hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga Anfang Februar 2022 bekannt gegeben. Für grosse Projekte verstreichen zwischen Projektierungsbeginn und Realisierung manchmal über zwanzig Jahre. Dies sei zu lang.

Es soll künftig auf Kantonsebene nur noch ein Plangenehmigungsverfahren für die Bau-, Rodungs- und Gewässerschutzbewilligung geben. Bisher lief dies in unterschiedlichen Etappen und jede einzelne konnte bis vor Bundesgericht angefochten werden. Der Bundesrat will die Verfahren so beschleunigen, ohne dass deshalb Abstriche bei Natur-, Umwelt- oder Denkmalschutz erfolgen.

reserve per Verordnung vorzuziehen, und so hätten wir bereits nächsten Winter eine Versicherung für den Notfall – eine Reserve, auf die wir schnell zurückgreifen können. Die Versorger müssen eine bestimmte Menge Wasser in den Speicherseen zurückhalten und werden dafür entschädigt. So haben wir den Strom auf sicher, falls wir ihn brauchen.

Die Versorgungssicherheit hängt zu einem Teil davon ab, in welchem Umfang die Schweiz in den nächsten Jahren in der Lage ist, eigenen Strom zu produzieren. Wenn es nicht gelingt, schnellere Verfahren in den

einzelnen Kantonen anzustossen, kann es dann ein nationales Interesse geben, das über den spezifischen Interessen steht?

Es wäre falsch, den Schutz der Natur gegen wirtschaftliche Interessen auszuspielen. Damit es nicht soweit kommt, setze ich auf folgende Strategie: Erstens wollen wir die einheimischen erneuerbaren Energien – also Wasserkraft, Solarenergie, Biomasse, Wind und Geothermie – rasch und konsequent ausbauen. Damit stärken wir unsere Unabhängigkeit. Zweitens gilt es die Verfahren zu beschleunigen, damit grosse Wind- und Wasserkraftanlagen schneller

gebaut werden können. Drittens wollen wir die Versorgungssicherheit im Winter mit zusätzlichen Stauseen gewährleisten. Viertens mit der Wasserkraftreserve rasch eine Versicherung für Notfälle schaffen und fünftens Gaskraftwerke als Rückversicherung für ausserordentliche Engpässe vorsehen. Was es nun braucht, ist das Bekenntnis und das Engagement der Bevölkerung, der Politik und der Wirtschaft, diese Strategie für eine sichere, klima- und landschaftsschonende Energieversorgung umzusetzen. Gute Lösungen sind möglich, wenn man aufeinander zugeht. Das hat der Runde Tisch Wasserkraft gezeigt.

PFLICHTLAGER WASSERKRAFT

Im Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien, das der Bundesrat im Juni 2021 verabschiedet hat, ist eine strategische Energiereserve enthalten. Dabei geht es um ein Pflichtlager für Strom im Winter. Vorgesehen ist, dass die Speicherkraftwerke Wasser für die Stromproduktion im Winter zurückhalten und dafür eine Entschädigung erhalten. Vor Winterbeginn wird diese Reserve vom Markt genommen und darf nur bei Versagen der Marktmechanismen eingesetzt werden.

DIE DEBATTE NIMMT FAHRT AUF

JUNI 2020	MAI 2021	JUNI 2021	JUNI 2021	OKTOBER 2021	OKTOBER 2021	DEZEMBER 2021	FEBRUAR 2022	FEBRUAR 2022
SOMMER 2020 START Runder Tisch WASSERKRAFT Einberufen von Energieministerin Simonetta Sommaruga	ENDE MAI 2021 BUNDES RAT bricht die Verhandlungen zu den bilateralen Verträgen mit der EU ab. Damit wird auch das Stromabkommen auf EIS gelegt.	ANFANG JUNI 2021 Elektrizitätskommission ELCOM warnt zum wiederholten Male vor Versorgungsengpässen im WINTER	MITTE JUNI GESETZ ERNEUERBARE ENERGIEN wird vom Parlament genehmigt und im Bundesrat verabschiedet	OKTOBER 21 STUDIE Departement Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK Das Resultat ernsthafte Knappheit ab 2025	OKTOBER 21 Netzbetreiberin SWISSGRID warnt zum wiederholten Male vor Versorgungsengpässen im Winter.	DEZEMBER 2021 15 RESULTATE Runder Tisch WASSERKRAFT Einigung auf 15 PROJEKTE, um das festgelegte Ziel in der Energiestrategie zu erreichen.	ANFANG FEBRUAR 22 Medienkonferenz Energieministerin SOMMARUGA Verfahren sollen beschleunigt werden, um den Ausbau der erneuerbaren Energien schneller vorwärts zu treiben.	24. FEBRUAR 2022 AUSBRUCH Ukraine-Krieg Gas und Rohöl aus Russland?

VERSORGUNGSSICHERHEIT WAS BISHER GESCHAH

Die Diskussion um die Versorgungssicherheit in der Schweiz hat sich seit dem Sommer 2021 grundlegend verändert. Zwar gilt eine anhaltende Strommangelgefahr schon länger als eine der grössten Bedrohungen für die Schweiz. Die Stromnetzbetreiberin Swissgrid wie auch die Eidgenössische Elektrizitätskommission Elcom warnten wiederholt vor Versorgungsengpässen. Dennoch schien die Frage nach einer sicheren Stromversorgung weder die breite Öffentlichkeit noch die Politik stark zu beschäftigen. Seit einigen Monaten wird intensiv über das Thema debattiert.

Die Stauseen in den Alpen sind ein sehr taugliches Mittel, um Schwankungen in der Stromversorgung auszugleichen. Sie dienen als Speicher, die besonders dann unersetzlich sind, wenn Energie aus anderen erneuerbaren Quellen stocken: Bei längeren Wind-Flauten oder in düsteren Perioden ohne viel Sonnenlicht. Diese wichtige Funktion der Wasserkraft gerade in den Wintermonaten ist mit der aktuellen Debatte in den Fokus geraten (siehe Grafik). Als Systemdienstleisterin steht die KWO mittendrin, wenn das Stromnetz in der

Schweiz ausser Takt zu geraten droht. Sie muss dann entweder ihre Maschinen anwerfen, um sofort Strom zu produzieren oder überschüssigen Strom vernichten, indem die Pumpspeicherung hinaufgefahren wird. Beides kann das Netz lahmlegen: Zu wenig Strom oder zu viel Strom. Die KWO weiss, wie sehr sich die kritischen Situationen häufen. Sie weist deshalb seit Jahren auf die Limiten des Systems hin. Ohne zusätzliches Speichervolumen in den Seen sind die Kapazitäten der KWO als «Troubleshooterin» limitiert.

Nach dem Nothalt in Sachen bilateralen Beziehungen im Sommer 2021 ist ein Stromabkommen mit der EU in weite Ferne gerückt. Ohne dies kann die Schweiz weder bei den Marktregeln mitreden, noch in den wichtigen Gremien Einsitz nehmen. Des Weiteren

dürften je länger je mehr Importbeschränkungen auftreten, so verlangt die EU zum Beispiel, dass 70 Prozent der grenzüberschreitenden Stromkapazitäten für den Handel zwischen EU-Mitgliedstaaten frei bleiben. So wird die Schweiz nicht nur Probleme haben, in knappen Zeiten Strom zu importieren, sie muss ebenso mit ungeplanten Stromflüssen durch die Schweiz klarkommen, was zusätzlichen Stress für das Stromsystem bedeutet.

Unterdessen sind nicht nur zahlreiche Medien, sondern auch Politikerinnen und Politiker hellhörig geworden. Die Einigung am Runden Tisch Wasserkraft im Dezember 2021 war bis dahin in ihrer Art undenkbar. Russlands Invasion in der Ukraine verleiht dem Thema Energieversorgung im März 2022 eine weitere Di-

mension: Wollen die westeuropäischen Länder tatsächlich von Erdöl- und Gasimporten auf ein Land wie Russland abhängig sein? Diese Frage dürfte auch die Diskussion um mögliche Gaskraftwerke als Notnagel in der Stromversorgung wesentlich beeinflussen. Die Wasserkraft ist ein wichtiges Puzzle-Stück in der Umsetzung der Energiestrategie 2050. Die KWO mit ihren acht Speicherseen und den 13 Kraftwerken ist eines der grössten Wasserkraftwerke der Schweiz. Das Einzugsgebiet liegt im Herzen der Schweiz und

drängt der Unternehmung ihre Rolle als Systemdienstleisterin auch deswegen auf. Was die Produktion von Winterstrom angeht, sind die Kapazitäten derzeit aber beschränkt. Nur gerade 25 Prozent der anfallenden Wassermenge können zwischengespeichert werden. Ein Teil der Lösung liegt im Ausbau der Speicherkapazitäten. Die drei vom Runden Tisch hervorgehobenen Ausbauprojekte Trift, Grimsensee und Oberaarsee liessen sich ideal ins bereits bestehende System der KWO einbinden.